

**Redebeitrag von Silke Arning zu TOP 29 Leistungsverträge I
(Straßenreinigung und Winterdienst) und II (Abfallwirtschaft) zwischen der
Stadt und der ALBA Braunschweig GmbH**

Die Leistungen der ALBA im Vergleich: Die Gebühren liegen im Vergleich mit Städten ähnlicher Größe eher im Günstigen Mittelfeld, und es gibt offenbar auch wenig Beschwerden der BürgerInnen und Bürger.

Die BIBS sieht jedoch grundsätzlich einen Sinn darin, dass Daseinsvorsorge in kommunaler Hand liegt. Und im Hinblick auf das Ziel der Klimaneutralität hat eine starke Kreislaufwirtschaft so viel Potential, das derzeit von den Aktivitäten der ALBA überhaupt noch nicht ausgeschöpft wird.

Z.B. entsteht mit der Kompostierung der Grünabfälle ein wunderbares Humussubstrat, das derzeit leider nur diejenigen BürgerInnen nutzen können, die in der Lage sind mit Auto und Anhänger das Kompostierungswerk anzufahren. Eine regionale Vermarktungsstrategie auch in Kleinmengen würde helfen, den Verbrauch von torfhaltigen Erden in Braunschweig zu reduzieren und durch das lokale Kreislauf-Produkt zu ersetzen - ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz.

Auch könnte ein Gebrauchsgütermarkt am Recyclinghof betrieben werden, um die Mehrfachnutzung und Wiedernutzung von Möbeln, Haushaltsgegenständen und vielen anderen Dingen des täglichen Gebrauchs zu ermöglichen und zu unterstützen. Der Bedarf bei den Menschen für solche Konzepte ist längst da. Ex und hopp können wir uns nicht mehr erlauben, wir müssen uns auch um Ressourcenschonung kümmern, wenn wir die Klimakrise ernst nehmen, und wirklich bis 2030 klimaneutral sein wollen. Viele Kommunen machen es schon vor, wie z.B. Ludwigsburg oder Itzehoe. Hier gibt es noch ganz viel Spielraum, den die Kommune langfristig in Eigenregie mit einer starken demokratischen Kontrolle sicher am besten ausgestalten könnte.

Die Abfallwirtschaft hat viel Potential.

Um aber heute eine Entscheidung über die Organisation der Abfallwirtschaft zu fällen, sind für uns wichtige Aspekte nicht geklärt. Warum hat ALBA Niedersachsen verschiedene Flurstücke an die ALBA Europe Holding verkauft, um die Grundstücke dann anschließend zurück zu mieten? War dieser Deal mit der Stadt abgesprochen? Ist diese Vorgehensweise überhaupt kompatibel mit den Leistungsverträgen, die die Stadt mit der Alba geschlossen hatte? Ist es denkbar, dass diese veränderten Eigentumsverhältnisse eine mögliche Re-Kommunalisierung im Jahr 2030 verhindern könnten? (Oder nur noch im Miet- oder Pachtverhältnis mit ALBA) Die Machbarkeitsstudie kommt zu dem klaren Ergebnis, dass nach 30 Jahren eine Neuorganisation notwendig ist, schon um die Leistungen dem Markt nicht eine enorm lange Zeit zu entziehen. Der Zugriff auf die Grundstücke ist dabei von herausragender Bedeutung für die Handlungsmöglichkeiten der Stadt. Die gesamte Machbarkeitsstudie basiert auf der Annahme, dass ein Rückkaufrecht für die Betriebsgrundstücke unbedingt notwendig ist. Ob das gewährleistet ist, ist derzeit überhaupt nicht geklärt.

Es wäre dramatisch, wenn durch diesen Deal die zukünftigen Handlungsmöglichkeiten der Stadt eingeschränkt sind.

Zum jetzigen Zeitpunkt halten auch wir durchaus eine Fortführung des Vertrages für sinnvoll, und zwar hauptsächlich weil eine Umorganisation in so knapper Zeit wohl kaum zu stemmen wäre.

Es ist für uns jedoch derzeit komplett intransparent, wie die aktuellen Grundstücksverkäufe die Entscheidungsmöglichkeiten in 5 Jahren womöglich einschränken werden. Wir kennen die Verträge nicht. Der komplexe Vorgang wird hier in einem Zeitfenster von nicht mal drei Wochen durch die Gremien gejagt. Und wir wissen noch nicht mal, WARUM die ALBA den besagten Grundstücksdeal überhaupt getätigt hat.

Nach der heutigen Entscheidung wird die Verwaltung (vielleicht) kein Druckmittel mehr in der Hand haben, um einen möglichen Rückerwerb der Grundstücke in 5 Jahren sicherzustellen.

Ich möchte auch nochmal auf die Mitarbeitenden eingehen, die aus ihrem persönlichen Interesse vollkommen verständlicher Weise langfristig an ihrer derzeitigen Beschäftigungssituation festhalten wollen. Veränderung birgt ja immer ein gewisses Maß an Ungewissheit. Aber insbesondere bei einer möglichen Re-Kommunalisierung in einigen Jahren wird das Personal übernommen, und ist anschließend nicht schlechter gestellt als derzeit.

Da für uns die angesprochenen Punkte im Vorfeld nicht klar geregelt werden konnten, wird die BIBS Fraktion sich heute enthalten.